

IFG-Kampagne „Gläserne Gesetze“ - weiteres Vorgehen

Was ist zu veröffentlichen?

- Bereitgestellt werden sollen
 - der Gesetzentwurf, zu dem eine Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO durchgeführt wird, sowie
 - die aufgrund der Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen.
- Bereitstellung der o.g. Dokumente der 18. Wahlperiode, soweit dem keine Hinderungsgründe (insbesondere Ausnahmetatbestände nach dem IFG) entgegenstehen.
- Bereitstellung der o.g. Dokumente aller zukünftigen Gesetzgebungsvorhaben.
- Eine Veröffentlichung der nach Beschluss durch das Bundeskabinett und Überstellung an den Deutschen Bundestag entstehenden Dokumente (Drucksachen) durch die Bundesregierung ist nicht obligatorisch, ggf. ist jedoch eine Verlinkung auf das Internetangebot des Deutschen Bundestages hilfreich.

Wann ist zu veröffentlichen?

- Für die Gesetzgebungsverfahren der 18. Wahlperiode soll mit der Veröffentlichung im o.g. Umfang unverzüglich begonnen werden. Die Umsetzung muss jedoch mit der gebotenen Sorgfalt geschehen; eine verbindliche Frist zur Veröffentlichung kann daher nicht festgelegt werden. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung wird daher auch von der Menge der betroffenen Dokumente im jeweiligen Ressort abhängen.
- Für zukünftige Gesetzgebungsverfahren soll die Veröffentlichung spätestens nach Beschluss des Kabinetts und Überstellung an den Deutschen Bundestag erfolgen.
- Eine frühere Veröffentlichung (bspw. nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme nach § 47 Absatz 3 GGO) ist nicht ausgeschlossen.
- Die Dokumente, zu denen bereits konkrete IFG-Anträge vorliegen, sollten priorisiert veröffentlicht werden, um eine Überschreitung der Frist zur Beantwortung der IFG-Anträge zu vermeiden. Die Antragsteller sollen auf die anstehende Veröffentlichung hingewiesen und die Anträge nicht einzeln beschieden werden. Ein entsprechendes Musterschreiben wird allen Ressorts übermittelt.

Wie ist zu veröffentlichen?

Die Art der Bereitstellung sowie der genaue Zeitpunkt der Bereitstellung obliegen grundsätzlich der Entscheidung der einzelnen Ressorts. Um ein einheitliches Vorgehen zu erreichen, empfiehlt das Bundesministerium des Innern folgendes Vorgehen:

- Die Veröffentlichung erfolgt auf einer über öffentliche Netze zugänglichen Plattform. Dazu bieten sich zumindest vorerst die Internetauftritte der jeweiligen Ministerien an. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte die Veröffentlichung ggf. über die im Rahmen der E-Gesetzgebung geschaffene digitale Plattform erfolgen.
- Die Veröffentlichung erfolgt in einer strukturierten Form, damit der jeweilige Gesetzentwurf und die zugehörigen Stellungnahmen leicht auffindbar sind. Ggf. wird auf die Bundestagsdrucksache verwiesen, so dass dieses und das weitere Gesetzgebungsverfahren ebenfalls leicht auffindbar ist.